

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	10
Globalisierung & Eine Welt	12
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	18
Naturschutz & Biodiversität	20
Stadt & Region	24
Tierschutz & Ethik	24
Umweltpolitik & Umweltrecht	25
Verkehr & Tourismus	27
Wasser & Meere	28
Wirtschaft & Unternehmen	31

VERBÄNDE



DNR intern	32
Aus den Verbänden	32

SERVICE

Rezensionen	33
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Kita-Zertifizierung	
Schwerpunkt: Biodiversität	

THEMEN DES MONATS

Boden

Revolution aus den Graswurzeln

Die Schwarzerde Terra preta do índio könnte mehrere Menschheitsprobleme gleichzeitig lösen

Seite 2

Geoengineering

Großversuche am Planeten

Gegen Überkonsum und Ungerechtigkeit können technische Klimarettungsversuche nichts ausrichten

Seite 4

Verkehrspolitik

E-Autos allein werden es nicht richten

Die Umwelt- und Gesundheitsprobleme des Verkehrs kann nur ein anderes Gesamtkonzept lösen

Seite 6

Partizipation

Knigge für Mitbestimmung

Für die politische Teilhabe der Zivilgesellschaft gibt es jetzt einen europaweiten Verhaltenskodex

Seite 8

Interview: Nutzpflanzenvielfalt

„Durch die Landschaft essen“

Aus der Idee, die Fülle an herrenlosem Obst im Internet zu kartieren, wurde ein preiswürdiges Projekt

Seite 21

Geoengineering

Großversuche am Planeten

Gegen Überkonsum und Ungerechtigkeit können technische Klimarettungsversuche nichts ausrichten

Dem Klimawandel mit seinen verheerenden Auswirkungen muss global begegnet werden. Doch Manipulationen durch Geoengineering helfen nicht bei der Bekämpfung der Ursachen. Stattdessen ist eine Transformation zu einer CO₂-freien, gerechten Wirtschaftsordnung gefragt. ■ VON RICARDO NAVARRO, FRIENDS OF THE EARTH EL SALVADOR

Das Problem des Klimawandels ist in den letzten Jahren weltweit breit diskutiert worden. In einigen Ländern häufen sich bereits immer heftigere Klimaereignisse, die Leben und Eigentum der Menschen stark beeinträchtigen. Der Golf von Bengalen wird von mächtigen tropischen Wirbelstürmen heimgesucht, wie 2008, als über 140.000 Menschen in Myanmar, dem früheren Burma, ums Leben kamen und 100.000 weitere obdachlos wurden. Europa litt 2003 unter einer Hitzewelle, bei der 35.000 Tote zu beklagen waren, und die karibischen Staaten sind Orkanen ausgesetzt, die ihre Stärke in den letzten 50 Jahren verdoppelt haben. Und die extremen Wetterereignisse werden den Prognosen zufolge weiter zunehmen.

Ursache dieser Klimaveränderungen ist das Ansteigen der Durchschnittstemperaturen in der Atmosphäre, hervorgerufen durch wachsende Mengen von Treibhausgasen aus der Verbrennung fossiler Energieträger und durch eine veränderte Landnutzung. In den letzten zwei Jahrhunderten ist die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre von 280 auf 390 ppm (parts per million) angestiegen, was einen Temperaturanstieg um 0,8 Grad zur Folge hatte. Sollte diese Tendenz anhalten, wird am Ende dieses Jahrhunderts die CO₂-Konzentration bei über 900 ppm liegen und die Temperatur der Atmosphäre um sechs bis sieben Grad Celsius höher sein – was sehr wahrscheinlich das Ende unserer Zivilisation und den Tod des größten Teils der Menschheit bedeuten würde.

gasemissionen der Menschheit weiter steigen, weil die groß angelegten Ingenieurstätigkeiten deren Einfluss schon neutralisieren werden.

Einmal Geoengineering, immer Geoengineering

In der ersten Kategorie, bei den Vorschlägen zur Verringerung der Sonneneinstrahlung auf die Erde, soll durch Reflexion der Sonneneinstrahlung zurück in den Weltraum die durch Treibhausgase aufgeheizte Atmosphäre gekühlt werden. Zu dieser Gruppe zählen Ideen wie das Platzieren von Millionen von Spiegeln in der Stratosphäre, um die Sonnenstrahlen zu reflektieren. Auch das Versprühen von Chemikalien wie Schwefeldioxid oder Schwefelpartikel ist in der Diskussion. Durch chemische Reaktion mit der Umwelt sollen sich Wolken bilden und diese sollen dann die Sonneneinstrahlung reflektieren.

Spiegel in der Stratosphäre zu postieren ist allerdings sehr kostspielig. Außerdem besteht das Risiko, dass der Steuerungscomputer für die Ausrichtung der Spiegel ausfällt, wodurch das einfallende Sonnenlicht sogar noch verstärkt werden könnte. Schwefelpartikel zu versprühen ist attraktiver, weil es relativ geringe Kosten verursacht und die Kleinstteilchen von einzelnen Unternehmen mit Flugzeugen verteilt werden können. Möglich wäre auch, in Kooperation mit Fluggesellschaften Partikel in die Treibstoffe von Jumbojets zu mischen, deren Gase beim Flug ohnehin ausgestoßen werden.

Diese Gruppe von Vorschlägen zum Geoengineering führt aber zu neuen Problemen. Wenn in einer Region der Erde ein extremes Klimaproblem auftritt – oft

Eingriffe in globale Kreisläufe

Ein so schwerwiegendes globales Problem erfordert eine brandeilige weltweite Lösung. An dieser Stelle setzen die Vorschläge des sogenannten Geoengineerings an. Das sind technische Eingriffe enormer Größenordnung, die bio- oder geochemische Kreisläufe der gesamten Erde aktiv beeinflussen sollen, um den negativen Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken.

Es gibt viele solcher Vorschläge, doch grundsätzlich lassen sie sich in drei Kategorien einteilen. Die erste versucht die Sonneneinstrahlung auf die Erde zu reduzieren, die zweite will Treibhausgase abtrennen und einlagern und die dritte möchte das Wetter so beeinflussen, dass es keine Probleme mehr verursacht. Hinter allen Vorschlägen zum Geoengineering steht im Prinzip der gleiche Denkanatz: Es ist nicht schlimm, dass die Treibhaus-

Hände-weg-Kampagne

Die kanadische Umweltorganisation ETC Group und andere Verbände wie die lateinamerikanischen Sektionen von Friends of the Earth haben im April die Kampagne Hands Off Mother Earth (Hände weg von Mutter Erde) ins Leben gerufen. Die H.O.M.E.-Kampagne ist eine internationale Aktion, um die Erde vor Geoengineering-Experimenten wie den im Artikel erwähnten oder auch vor dem großflächigen Ausbringen von Eisen in die Weltmeere zu schützen. Auf der Kampagnenwebseite können persönliche Botschaften mitsamt Foto hochgeladen werden, um den Regierungen weltweit zu zeigen, „dass unsere Heimat kein Labor ist“. Außerdem wird ein Moratorium gefordert. [jg]

► www.handsoffmotherearth.org

zeitgleich mit extremen Verhältnissen in anderen Weltregionen –, taucht die Frage auf, wer in diesem Fall das Recht hat, die Einstrahlung zu verändern und um welchen Faktor: diejenigen, die unter Dürre leiden, oder die, die gerade mit Überschwemmungen zu kämpfen haben? Hinzu kommt, dass – selbst wenn diese Geoengineeringprojekte bei der Reduzierung der Sonneneinstrahlung auf die Erde Erfolg hätten –, eine Situation geschaffen würde, die dauerhaft die Treibhausgaskonzentration anwachsen ließe. Denn die Menschen würden in dem Vertrauen, dass die Ingenieure den Einfluss auf die Atmosphäre wieder ausgleichen, weiter Treibhausgase emittieren. Das wiederum bedeutet, dass die Eingriffe jedes Mal größere Auswirkungen hätten – immer mit dem Risiko, dass aus irgendeinem Grund, sei er technisch, ökonomisch oder politisch, die Geoengineeringmaßnahmen sich verzögern oder fehlschlagen und dadurch die Atmosphäre einen plötzlichen Temperaturanstieg mit katastrophalen Folgen erfährt. Darüber hinaus würde eine Atmosphäre mit hoher CO₂-Konzentration auch bei verminderter Sonneneinstrahlung die Versauerung der Meere beschleunigen und weitere unvorhersehbare Folgen für die terrestrischen Ökosysteme haben.

CO₂-Speicherung will den Teufel mit dem Beelzebub austreiben

Die zweite Gruppe von Geoengineeringmaßnahmen, die Abscheidung und Speicherung von CO₂, birgt das Problem hoher Kosten und einer Technik, die sich noch im Versuchsstadium befindet – abgesehen davon, dass ein großer Teil des Kohlendioxids an mobilen Quellen wie Fahrzeugen anfallen würde, was die Rückgewinnung schwierig macht. Schätzungen haben ergeben, dass zum Abfangen des bereits ausgestoßenen CO₂ nochmals so viele fossile Brennstoffe eingesetzt werden müssten, dass 30 Prozent zusätzliche Treibhausgase erzeugt würden.

Doch das Hauptproblem besteht darin, einen Ort zu finden, wo das CO₂ eingelagert werden kann, denn dabei muss garantiert sein, dass das Gas nicht wieder austritt,

weder durch Erdbewegungen noch durch die Reaktion mit der Umgebung, die etwa Risse verursachen oder bereits vorhandene verbreitern könnte. Bei einer Speicherung im Meeresboden kommt erschwerend hinzu, dass die Ozeane ohnehin schon übersäuert sind und sich im Meeresboden außerdem Lager von Methanhydrat befinden, das sich mit dem CO₂ vermischen oder – was schlimmer wäre – austreten könnte.

Gilt für Sonne und Regen künftig das Recht des Stärkeren?

Bei der dritten Kategorie von Maßnahmen geht es darum, das Klima beziehungsweise das Wetter in einer bestimmten Region zu beeinflussen. Entsprechende Technologien werden schon seit einem halben Jahrhundert getestet und auch angewandt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Geheimprojekte, die militärischen Zwecken dienen sollen.

Unerwünschte Wetterverhältnisse zu verändern birgt allerdings die Gefahr, dass damit auch in anderen Regionen das Wetter beeinflusst wird. An einem Ort den Regen abzuschwächen bedeutet ihn woanders zu verstärken, Regenfälle für die BewohnerInnen in der einen Region künstlich zu erzeugen heißt anderen das Regenwasser zu entziehen, die Wegstrecke eines Wirbelsturms zu verändern heißt andere Gebiete in Gefahr zu bringen. Und wieder taucht die Frage auf: Wer hat das Recht, das Wetter zu seinen Gunsten zu beeinflussen, wenn dadurch andere auf negative Weise betroffen sind? Es mag schwer verständlich sein, sich solch ein Recht überhaupt anmaßen zu wollen, doch die Geschichte zeigt, dass dies meist die Stärkeren auf Kosten der Schwächeren tun.

Weniger Konsum, mehr globale Gerechtigkeit

Wer dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen will, muss zuerst seine fundamentalen Ursachen verstehen. Hinter der zu hohen Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre stehen nicht nachhaltige Produktionsmengen und der ungezügelte

Konsum von Gütern und Dienstleistungen von 20 Prozent der Menschheit auf Kosten der übrigen 80 Prozent. Eine langfristig tragfähige Lösung muss deshalb auch bei der exzessiven Produktion und dem ungerechten Konsum ansetzen. Die starken Ökonomien müssen sowohl ihren eigenen Verbrauch verringern als auch die weniger bemittelten Weltregionen unterstützen, um dort ein würdevolles Leben zu ermöglichen und die Widerstandsfähigkeit gegen die Folgen des Klimawandels zu erhöhen. Das alles muss im Rahmen eines Übergangs in eine kohlenstofffreie Wirtschaft

„Der Kampf für die Umwelt ist ein Kampf für unser eigenes Überleben. Wir können es uns gar nicht leisten, uns nicht zu engagieren.“

Ricardo Navarro

geschehen bei gleichzeitiger Entlastung der Ökosysteme, damit die Natur die Folgen des Klimawandels abpuffern kann. Geoengineering mit all seinen vielfach noch unbekanntem Risiken und Nebenwirkungen taugt schon deshalb nicht als Lösung, weil es die Hauptursachen des Klimawandels, den Überkonsum und die Klimaungerechtigkeit, unangetastet lässt. Die klimatischen Veränderungen gefährden aller Wahrscheinlichkeit nach die Zukunft der gesamten Menschheit. Da hilft keine Symptombekämpfung. Dieses Übel gilt es an der Wurzel zu packen.

Übersetzung aus dem Spanischen: Juliane Grüning.

Der Ingenieur Dr. Ricardo Arnoldo Navarro Pineda ist Präsident von Friends of the Earth (Amigos de la Tierra) El Salvador. Er koordiniert die Agrokraftstoffkampagne von Friends of the Earth International. 1995 erhielt er für sein Engagement für nachhaltige Entwicklung den Goldman-Umweltpreis.



Kontakt:
Tel. +503 22131400,
E-Mail:
cesta@cesta-foe.org.sv,
www.cesta-foe.org.sv

Wurstwaren als sogenannter technischer Hilfsstoff verwendet. Allerdings dürfen hier zusammengeklebte Fleischstückchen ohnehin nicht als vollwertiger Schinken bezeichnet werden.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch geht davon aus, dass Klebefleisch weiter auf den Tellern der Verbraucher landet. Bundesministerin Ilse Aigner (CSU) müsse sich für ein EU-weites Verbot von Schinkenimitaten einsetzen. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/fleischkleber-verbot
- ▶ www.foodwatch.de

Gesundheitsschutz

Pestizidhöchstwerte werden europaweit gesenkt

■ Seit dem 7. Juni werden in der EU über 1.000 Höchstgehalte für Pestizidrückstände in Lebensmitteln verschärft. Diese Höchstmengen sind durch eine Verordnung aus dem Jahr 2005 geregelt. Das Pestizidid-Aktions-Netzwerk PAN Germany und Greenpeace hatten mehrmals nachgewiesen, dass die EU-Höchstmengen vor allem für Kinder eine Gesundheitsgefahr bedeuten. So führt der Grenzwert von fünf Milligramm des fortpflanzungsschädigenden Procymidon pro Kilogramm Tafeltrauben zu einer Überschreitung der Grenze für das akzeptierbare Risiko um das Dreißigfache.

Die Umweltorganisationen bezeichneten die Senkung der Obergrenzen als wichtigen Schritt. Nach zahlreichen Studien hatte auch die EU-Lebensmittelbehörde EFSA eingeräumt, dass viele Rückstandshöchstgehalte gesundheitlich bedenklich seien. Die Absenkung dieser Höchstgehalte wurde daraufhin in einer Verordnung beschlossen, die jetzt rechtskräftig wird. So sind für Procymidon statt fünf nur noch 0,02 Milligramm Rückstand in einem Kilogramm Obst erlaubt. [mbu]

- ▶ www.europa.eu/legislation_summaries/food_safety/plant_health_checks/l21289_de.htm
- ▶ PAN Germany, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3991910-0, www.pan-germany.org

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Verbotene Produkte

Gentechnik im Schokoriegel

■ In deutschen Supermärkten liegen Schokoladenriegel aus den USA, die mit Gensoja und Genmais hergestellt wurden, aber nicht gekennzeichnet sind. Das ergaben Stichproben von Greenpeace. Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Pflanzen müssen in Deutschland einen Nachweis tragen, sonst machen sich die Importeure strafbar. Bei den Produkten handelt es sich um die Nestlé-Riegel Butterfinger und Baby Ruth, in denen laut Greenpeace Gensoja gefunden wurde; der Butterfinger enthält zudem Bestandteile von sechs unterschiedlichen Genmaissorten. Greenpeace forderte die Hersteller auf, die illegalen Produkte aus dem Sortiment zu nehmen und zu entsorgen. Die Behörden müssten besser kontrollieren und Verstöße gegen die Kennzeichnungspflicht ahnden.

1999 hatte Nestlé versucht, den Butterfinger offen als Genfood bei Jugendlichen zu vermarkten. Erst nach einer Greenpeace-Kampagne nahm das Unternehmen den Gentech-Riegel aus den Regalen. [mbu]

- ▶ www.keine-gentechnik.de
- ▶ www.greenpeace.de/themen/gentechnik

Runder Tisch Pflanzengenetik

Schavan glaubt an Gentechnik

■ Bundesforschungsministerin Annette Schavan will die konventionelle und die ökologische Agrarforschung stärker berücksichtigen. Allerdings setzt sie auch weiter auf Gentechnik in der Landwirtschaft. Sie sei überzeugt davon, dass die Gentechnik einen Beitrag zur Welternährung leisten könne, sagte Schavan beim dritten runden Tisch zur Pflanzengenetik im Juni.

Dort diskutierten Vertreter von Wissenschaft, Landwirtschaft, Umwelt- und

Entwicklungsverbänden über die künftige Ausrichtung der Agrarforschung und über die Frage, ob Gentechnikpflanzen den Hunger in der Welt beseitigen können. Das verneinten die Verbände. Vielmehr helfe eine regional und ökologisch angepasste Landwirtschaft gegen den Hunger, wie der Weltagrарbericht belege. Für die landwirtschaftliche Forschung sind 100 Millionen Euro vorgesehen.

Der Vizepräsident des DNR Hardy Vogtmann forderte, einen Wettbewerb zwischen gentechnischer und konventioneller Landwirtschaft zu ermöglichen. Dazu müssten diese Systeme allerdings effektiv voneinander abgegrenzt sein. In der Praxis funktioniert dies jedoch nicht. Als Beispiel nannte Vogtmann die Verunreinigung von herkömmlichem Maissaatgut mit illegalem Genmais. Eine Debatte über Abgrenzung und Sicherheit der Agrogentechnik wurde auf das nächste Treffen des runden Tisches verschoben. [mbu]

- ▶ Bundesforschungsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 1857-0, www.bmbf.de
- ▶ DNR, Vizepräsident Hardy Vogtmann, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ Stellungnahme der Verbände: www.kurzlink.de/pos-umweltverbaende

Genpflanzenzulassung

EU-Kommission will Gentech-Anbau freigeben

■ Offenbar wird es in der Europäischen Union schon in Kürze neue Regeln für den Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen geben. Nach Angaben der EU-Kommission sollen die Pläne dafür im Juli vorgelegt werden. Demnach sollen sowohl die Zulassung von Genpflanzen als auch die Möglichkeit nationaler Anbauverbote vereinfacht werden. In der Frage der Agrogentechnik ist die EU gespalten. Während beispielsweise die Niederlande und Spanien den Anbau von Genpflanzen befürworten und großflächig betreiben, sind Österreich, Ungarn, Griechenland oder Italien sehr skeptisch und erließen

mehrmals Anbauverbote.

Die Umweltorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) begrüßte zwar das Vorhaben von EU-Verbraucherkommissar John Dalli, nationale Gentechnikverbote zu erlauben. FoEE befürchtet aber, dass auch mit den neuen Regeln der Kommission die Kontamination von gentechnikfreien durch Gentech-Felder nicht verhindert werden kann.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) appellierte an deutsche PolitikerInnen, sich nicht hinter den Ankündigungen der EU-Kommission zu verstecken. Es gebe bereits jetzt wirksame Regeln gegen gentechnische Verunreinigungen. Eine Koexistenz von Land- und Lebensmittelwirtschaft mit und ohne Gentechnik sei nicht möglich. [mbu]

- ▶ AbL, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053170, Fax 492221, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de
- ▶ EU-Kommission zu Gentechnik: www.ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_de.htm
- ▶ FoEE, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 5420180, E-Mail: info@foeeurope.org, www.foeeurope.org

Nulltoleranz bei Saatgut

Genmaispflanzung verstößt gegen EU-Recht

■ Bei Kontrollen ist in sieben Bundesländern Saatgut entdeckt worden, das mit gentechnisch veränderten und in der EU nicht zugelassenen Maissorten kontaminiert war. Nach EU-Recht sind gentechnische Verunreinigungen bei Saatgut nicht erlaubt. Im Gegensatz zu Lebens- und Futtermitteln, die bis zu 0,9 Prozent genmanipulierte Bestandteile enthalten dürfen, gilt für Saatgut mit der Nullprozentgrenze ein Reinheitsgebot.

Das Landwirtschaftsministerium in Niedersachsen ordnete an, den kontaminierten Mais zu vernichten. Man spreche sich mit den anderen Bundesländern ab, in denen auch nicht zugelassener Genmais gepflanzt wurde, hieß es aus Hannover. Die Felder sollen entweder umgepflügt oder mit Pflanzengift zerstört werden. Branden-

Wird die Gentechnik-Lobby jetzt staatlich finanziert?

Die Bundesregierung lässt eine nationale Biomassestrategie ausarbeiten. Der damit beauftragte Bioökonomierat setzt auf Gentechnik. Mehr bäuerliche Vernunft fordert dagegen Benedikt Härlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft.

„Die Fortschritte in der Biotechnologie und Gentechnik haben ... vollkommen neue Möglichkeiten im Lebens- und Futtermittelbereich eröffnet, welche entscheidende Antworten auf die sich stellenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und klimatischen Veränderungen geben können.“ Diese Worte stehen im Einführungsabsatz der „Ersten Empfehlungen zum Forschungsfeld Bioökonomie in Deutschland“, die der deutsche Forschungs- und Technologierat Bioökonomie im Sommer letzten Jahres vorgelegt hat. Das Gremium aus „unabhängigen Experten“ wird von Forschungsministerin Annette Schavan finanziert, die von ihm zum Herbst nichts Geringeres als eine „nationale Biomassestrategie“ erwartet.

Angesiedelt ist der Bioökonomierat bei der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften (Acatech), die zu zwei Dritteln von der Wirtschaft und zu einem Drittel aus Steuern finanziert wird. Ihr Präsident Reinhard Hüttel ist auch Vorsitzender des Bioökonomierates, dessen Mitglieder die Acatech auswählt. Neben Vertretern von Konzernen wie BASF, KWS und RWE sowie des Bauernverbandes sind dies Leiter staatlicher Forschungsinstitute, Gentechniker und Biotechnologen sowie zwei international erfahrene Agrogentechnik-Strategen.

In seiner ersten Stellungnahme forderte der Rat „übergeordnete Forschungsstrukturen im Bereich Bioökonomie“, mehr Mittel, internationalen Wissenstransfer und „Exzellenz“-Nachwuchs, vor allem aber eine weitgehende Überarbeitung des Gentechnikgesetzes und die zügige Schaffung von Akzeptanz für neue Technologien, um Investitionsentscheidungen großer Unternehmen nicht zu behindern. Das betreffe auch das Klonen von Tieren, Stammzellforschung und Nachhaltigkeitskriterien beim Import von Biomasse.

Um bei allem wissenschaftlichen Gestus keinen Zweifel an seiner Wirtschaftsmacht aufkommen zu lassen, rechnen die Herren (und zwei Frauen) Räte hoch, dass sie eine der größten und wachstumsstärksten Branchen der EU vertreten. Atembe-

raubende 1,6 Billionen Euro setze die europäische Bioökonomie jährlich um: 800 Milliarden in der Lebensmittelbranche, 400 in der Papierindustrie, 150 in der Forstwirtschaft und 50 Milliarden in der Chemieindustrie. Der Landwirtschaft bleiben in dieser Potenz-Rechnung 210 Milliarden oder 13 Prozent. Mit 15 von 22 Millionen stellt sie freilich fast 70 Prozent der Arbeitsplätze. Dies ist übrigens die einzige Stelle in den gesamten Empfehlungen, an der das Wort Landwirtschaft auftaucht. Landwirte und Bauern kommen überhaupt nicht vor, Wirtschaft und Wachstum dagegen im Überfluss.

Um die Erhaltung des Wachstums durch Überfluss dreht sich auch die skizzierte Biomasse-Vision: „Um Flächenkonkurrenzen zwischen den Verwendungsarten zu vermeiden, muss das Angebot an Biomasse grundsätzlich gesteigert werden. Dazu bedarf es erheblicher Forschungsanstrengungen, aber auch neuer Formen der Bewirtschaftung.“ In Vorwegnahme der neuen Prioritäten aus Sicht der Industrie heißt es auf der Webseite des Bioökonomierates: „Biotreibstoffe sind einer steigenden Konkurrenz durch die Nahrungs- und Futtermittelproduktion ausgesetzt. Gleichwohl sind moderne Bioraffinerien in der Lage, verschiedene Produkte auf Basis desselben Grundstoffes zu produzieren.“ Gewissermaßen nach Tageskurs könnten diese Rohstoffe dann als Lebensmittel, Treibstoff oder Energie auf den Markt geworfen werden.

Vielleicht sollten, bevor Ministerin Schavan und ihre Kollegin Ilse Aigner im Herbst die Strategie entgegennehmen und in die Tat umsetzen, doch noch ein paar andere Visionen von einer Bioökonomie mit bäuerlicher Vernunft und einer Biomassestrategie mit menschlichem Antlitz diskutiert werden?

Der Agrarexperte Benedikt Härlin arbeitet bei der Zukunftsstiftung Landwirtschaft in Berlin. Er gründete die Initiative Save Our Seeds gegen Gentechnik im Saatgut.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 27590309, E-Mail: haerlin@zs-l.de, www.saveourseeds.org

DNR INTERN

DNR-Verbändeforum

Fördermittel für die „Motoren der Umweltpolitik“

■ Mitte Juni hatte der Deutsche Naturschutzring zum DNR-Verbändeforum nach Berlin geladen. Das halbtägige Treffen von VertreterInnen der DNR-Mitgliedsverbände beschäftigte sich vor allem mit der Projektförderung durch das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN). UBA-Referent Uwe Volkgenannt stellte die vier Schwerpunktthemen seiner Behörde für die Verbändeförderung im Jahr 2011 vor: Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Mobilität, nachhaltiger Konsum sowie Umwelt und Wirtschaft. Den Naturschutzverbänden – die UBA-Präsident Jochen Flasbarth auch als „Motoren der Umweltpolitik“ bezeichnet – empfahl Volkgenannt, Kooperationen einzugehen, um der wachsenden Komplexität der Themen bei sinkenden Mitteln zu begegnen.

Hans-Jürgen Schäfer vom BfN berichtete, dass seine Behörde die Verbände zwischen 2010 und 2012 mit rund 960.000 Euro unterstütze. Dabei gehe es unter anderem um die Entwicklung neuer Ansätze in Großschutzprojekten sowie die Zusammenarbeit von Naturnutzern und Naturschutz.

Die TeilnehmerInnen debattierten außerdem über das Nachhaltigkeits-Forum, einen Vorschlag, den Gerd Hofielen, Sprecher der kritischen Aktionäre, vorstellte. In einem solchen Gremium sollen VertreterInnen der Zivilgesellschaft mit großen Unternehmen über deren diskutieren. Der DNR will im nächsten Jahr eine breite Debatte zwischen Umweltverbänden und der Wirtschaft mitgestalten, um Nachhaltigkeit in das Kerngeschäft großer Unternehmen zu integrieren und die Privatwirtschaft an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern.

Letzter Punkt der Tagesordnung war das Positionspapier der Agrarplattform,

eines Verbändebündnisses zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP), das Lutz Ribbe von Euronatur vorstellte. Die EU-Kommission will im Herbst 2011 ein neues Legislativpaket zur Zukunft der EU-Agrarpolitik nach 2013 vorlegen, zu dem die Verbände schon jetzt zehn Forderungen formuliert haben, die der Stärkung des Umwelt- und Naturschutzes dienen sollen.

Das nächste Verbändeforum findet am 9. September in Berlin statt. [jg]

► DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, www.dnr.de

DNR-Präsidiumssitzung

Berlin, Brüssel, Nagoya, Rio

■ Das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings hat sich am 21. Juni in Berlin getroffen und mehrere Beschlüsse gefasst. So unterstützt der DNR das Plattformpapier „Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik“ von Verbänden aus Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Verbraucher- und Tierschutz. Nun sollen EU-Abgeordnete und die Öffentlichkeit überzeugt werden. Die Agrarforschung müsse vom Mitverursacher zum Problemlöser werden, so das Präsidium. Bisher sei sie vor allem auf das gegenwärtige, nicht nachhaltige Agrarsystem ausgerichtet, wozu auch Gentechnik gehöre. Der DNR fordert einen multisystemaren Forschungsansatz, der lokale, ökologische, ökonomische und soziokulturelle Rahmenbedingungen berücksichtigt.

Zur Waldpolitik will der DNR die Positionen seiner Mitgliedsverbände abfragen und ein Verbändeforum organisieren.

Zur Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko will sich der Verband mit einer Presseaktion zu Wort melden.

Der DNR wird sich intensiv an der Rio+20-Konferenz im Jahr 2012 beteiligen. Eine dafür einzuberufende Arbeitsgruppe soll Positionen, Veranstaltungen und Aktionen koordinieren und organisieren.

Sein Thema „Abbau schädlicher Subventionen“ und seine Aktivitäten zu „Busi-

ness and Biodiversity“ führt der DNR fort.

Mit der 10. Vertragsstaatenkonferenz in Nagoya endet die deutsche CBD-Präsidentschaft. Das Forum Umwelt & Entwicklung übernimmt die weitere Koordination der Aktivitäten in Deutschland und Nagoya für die deutschen Verbände.

Um einen Durchbruch bei der Umsetzung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt zu erzielen, will der DNR eine mehrjährige breit angelegte Kampagne lancieren und dazu die Bereitschaft bei Verbänden, Stiftungen, staatlichen, kirchlichen und anderen Akteuren erfragen.

Der DNR unterstützt die Initiative für eine transparente Zivilgesellschaft und unterzeichnet dazu eine Selbstverpflichtung.

Bjela Vossen hat am 1. Juni die Leitung der EU-Koordination des DNR übernommen. [hjh]

AUS DEN VERBÄNDEN

Politikberatung

Neuer Nachhaltigkeitsrat

■ Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) für die neue dreijährige Amtsperiode berufen. DNR-Präsident Hubert Weinzierl gehört erneut dem Rat an. Er ist bereits seit Einsetzung des RNE im Jahr 2001 dabei. Auch die Ehrenvorsitzende des BUND Angelika Zahrt ist wieder Mitglied. Neu in dem Gremium ist der Präsident des NABU, Olaf Tschimpke. Insgesamt hat der Nachhaltigkeitsrat 15 Mitglieder aus Politik, Unternehmen, Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung berät die Bundesregierung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und soll sie außerdem dabei unterstützen, die Öffentlichkeit für Nachhaltigkeitsthemen zu sensibilisieren. [mb]

► RNE, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 408190-121, Fax -125, www.nachhaltigkeitsrat.de

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Bello, W.: **Politik des Hungers**. Assoziation A, Berlin 2010, 200 S., 16,00 €, ISBN 978-3-935936-91-0
- ▶ Bernhardt, C.; Kilper, H., Moss, T. (Hrsg.): **Im Interesse des Gemeinwohls. Regionale Gemeinschaftsgüter in Geschichte, Politik und Planung**. Campus, Frankfurt/M. 2009, 397 S., 34,90 €, ISBN 978-3-593-39012-3
- ▶ Engert, K.: **Ökosozialismus – das geht!** Neuer ISP, Karlsruhe 2010, 142 S., 12,80 €, ISBN 978-3-89900-068-9
- ▶ Geißler, K. A.: **Lob der Pause. Warum unproduktive Zeiten ein Gewinn sind**. oekom, München 2010, 96 S., 8,95 €, ISBN 978-3-86581-200-1
- ▶ Giering, K.: **Lärmwirkungen. Dosis-Wirkungsrelationen**. Umweltbundesamt, Dessau 2010, 139 S. Kostenloser Download (PDF, 12 MB): www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3917.pdf
- ▶ Gura, S.: **Fleisch vom nächsten Planeten. Der dreifache Widerspruch zwischen industrieller Tierhaltung und biologischer Vielfalt**. Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn 2010, 28 S., kostenlos. Bezug/Download: www.kurzlink.de/fue-fleisch
- ▶ Gruber, P. (Hrsg.): **Wie wir überleben! Ernährung und Energie in Zeiten des Klimawandels**. Budrich, Opladen 2010, 180 S., 20,50 €, ISBN 978-3-86649-296-7
- ▶ Häusler, M.: **Die wahren Visionäre unserer Zeit**. Scorpio, München 2010, 420 S., 21,95 €, ISBN 978-3-942166-02-7
- ▶ Haferburg, C.; Steinbrink, M. (Hrsg.): **Mega-Event und Stadtentwicklung im globalen Süden. Die Fußballweltmeisterschaft 2010 und ihre Impulse für Südafrika**. Brandes & Apsel, Frankfurt/M., 260 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86099-645-4
- ▶ Hecker, F.; Hecker, K.: **Blumen entdecken – kennenlernen – erforschen. Naturführer für Kinder**. Eugen Ulmer, Stuttgart 2010, 96 S., 7,90 €, ISBN 978-3-8001-5827-0
- ▶ Helfrich, S. u. a.: **Gemeingüter. Wohlstand durch Teilen. Ein Report**. HBS, Berlin 2010, 48 S., ISBN 978-3-86928-020-2. Kostenloser Download: www.kurzlink.de/gemeingueter-report
- ▶ Hennicke, P.; Bodach, S.: **Energierévolution. Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien als neue globale Herausforderung**. oekom, München 2010, 221 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-205-6
- ▶ Kolbe, G. u. a.: **Effizienter Fuhrpark. Kostengünstig, umweltschonend, zukunftssicher**. VCD, Berlin 2010, 36 S. Download (PDF, 2,4 MB): www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3927.pdf
- ▶ Knoflacher, H.; Schopf, J. M.: **Ethik und Technik**. LIT, Berlin 2010, 232 S., 19,90 €, ISBN 978-3-643-50098-4
- ▶ Lachat, T.; Pauli, D.; Gonseth, Y. u. a. (Hrsg.): **Der Wandel der Biodiversität in der Schweiz seit 1900. Ist die Talsohle erreicht?** Haupt, Bern 2010, 435 S., 23,50 €, ISBN 978-3-258-07569-3
- ▶ Lamberg, S.: **Subsistenzökonomie in Nicaragua. Perspektiven in einer sich transformierenden Gesellschaft**. Brandes & Apsel, Frankfurt/M. 2010, 264 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86099-668-3
- ▶ Mattersburger Kreis (Hrsg.): **Solidarische Ökonomie zwischen Markt und Staat**. Mandelbaum, Wien 2009, 124 S., 9,80 €, ISBN 978-3-85476-320-8
- ▶ Miselmsky, L. (Hrsg.): **Zivildienst und Freiwilliges Jahr: Die Folgen der Kürzung der Wehrpflicht für Sozialarbeit und Naturschutz**. FastBook Publishing, Beau Bassin 2010, 116 S., 39,- €, ISBN 978-6130103224
- ▶ Naturschutzbund; Österreichische Bundesbahnen (Hrsg.): **ÖBB & Natur. Signal auf Grün für Natur- und Artenschutz**. Natur und Land, Salzburg 2010, 60 S., 5,- €, ISSN 028-0607. www.kurzlink.de/oebb-natur
- ▶ Reichhoff, J. H.: **Naturschutz: Konservieren für die Zukunft?** Suhrkamp, Berlin 2010, 169 S., 10,- €, ISBN 978-3-518-26031-9
- ▶ Struß, J.: **Die großflächige Ausbringung von GVO in die Umwelt. Das Recht der Grünen Gentechnik auf gemeinschaftlicher und nationaler Ebene**. Nomos, Berlin 2010, 362 S., 89,- €, ISBN 978-3-8329-5457-4

Impressum

umwelt aktuell Juli 2010
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Zoë Thio [zt], Annkathrin Tempel [at], Christine Dubiel [cd]. **Service:** Juliane Grüning. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de

Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Abonnement

Als LeserIn von **umwelt aktuell** sind Sie in guter Gesellschaft. Fachleute und Engagierte aus dem Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich wissen die Vorteile eines **umwelt aktuell**-Abonnements zu schätzen:

- ▶ Mit einem Abonnement verpassen Sie keine Ausgabe.
- ▶ **umwelt aktuell** erscheint monatlich. Das Abo läuft ein Jahr und verlängert sich automatisch. Sind Sie an einer Fortsetzung nicht interessiert, kündigen Sie spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements.
- ▶ Zum Bestellen eines Abos schicken oder faxen Sie die beiliegende Postkarte an unseren LeserInnenservice. Oder Sie bestellen einfach unter www.oekom.de.

Ein Jahresabonnement kostet für

- ▶ Privatpersonen 59,50 €/98,18 CHF,
- ▶ Institutionen und Unternehmen 99,50 €/164,18 CHF,
- ▶ Studierende (mit Nachweis) 44,- €/72,60 CHF.

Alle Preise inklusive Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto- und Versandkosten. Preisänderungen und Irrtum vorbehalten.

Zusätzlich zum Heftabo können Sie ein Online-Abo bestellen:

Gegen einen Aufpreis von 49,- €/80,85 CHF erhalten Sie jede Ausgabe zum Erscheinungstermin als pdf-Datei zugesandt.

Bankverbindung: Postgiroamt München, BLZ 700 100 80, Konto 358 744 803

Der Herausgeber

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) engagiert sich seit 1950 für die Bewahrung der biologischen Vielfalt, eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft und eine zukunftsfähige Lebensweise.

Als Dachverband von rund 100 im Natur- und Umweltschutz tätigen Verbänden verfügt er über einen großen Wissens- und Erfahrungsschatz, den er seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt.

Die EU-Koordinationsstelle des DNR informiert umfassend über europäische Politik, koordiniert europaweite Aktivitäten, vernetzt deutsche und europäische Partner und nimmt Einfluss auf die EU-Politik.

- ▶ www.dnr.de, www.eu-koordination.de

Der Verlag

Mit seinen sechs Zeitschriften und einem stark expandierenden Buchprogramm ist der oekom verlag heute der führende deutschsprachige Fachverlag im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit. Seit beinahe zwei Jahrzehnten sorgen Expertinnen und Meinungsmacher aus Verbänden, Ministerien, Unternehmen und Instituten im oekom verlag für zukunftsreichen Lesestoff. So ist ein einzigartiges interdisziplinäres Netzwerk entstanden, von dessen Fachwissen, Analysen und Innovationsfreude Sie als LeserIn profitieren.

oekom ist der erste klimaneutrale Verlag Deutschlands.

- ▶ www.oekom.de



Testen Sie umwelt aktuell

Für 12,50 € oder 20,63 CHF erhalten Sie ein vergünstigtes **Probeabonnement**, beginnend mit der jeweils aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen **umwelt aktuell** gefällt und Sie nicht bis spätestens zehn Tage nach Erhalt des dritten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie **umwelt aktuell** automatisch im regulären Abonnement.

LeserInnenservice, Bestellung, Vertrieb

Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG
Auslieferung oekom verlag
Andrea Seitz
Justus-von-Liebig-Straße 1
86899 Landsberg am Lech
Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -1 03
E-Mail oekom@de.rhenus.com

Bitte freimachen!

Ja, ich entscheide mich für ein Abonnement von umwelt aktuell

Ich erhalte **umwelt aktuell** monatlich. Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn ich nicht sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements gekündigt habe.

Ich bestelle:

- Privat-Abonnement: 59,50 €/98,18 CHF
 - Institutionen-Abo: 99,50 €/164,18 CHF
 - StudentInnen-Abo: 44,- €/72,60 CHF (Die entsprechende Bescheinigung habe ich beigelegt.)
 - zusätzliches Online-Abo: 49,- €/80,85 CHF
- Alle Preise inklusive Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto- und Versandkosten.
- Probe-Abo (drei Ausgaben): 12,50 € / 20,63 CHF (Pauschalpreis)

per Fax: +49 (0)8191 / 97000-103

Firma, Funktion

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort/Land

Telefon, E-Mail

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann.

Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung (Poststempel).

Datum, Unterschrift

Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG

Auslieferung oekom verlag

Andrea Seitz

Justus-von-Liebig-Straße 1

86899 Landsberg am Lech